

552 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 17. 5. 2001

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Republik Mazedonien über die Förderung und den Schutz von Investitionen

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK MAZEDONIEN, im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, dass die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme derartiger Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

UNTER ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG ihrer Verpflichtung zur Einhaltung international anerkannter Arbeitsnormen,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Investor einer Vertragspartei“

- a) eine natürliche Person, die in Übereinstimmung mit ihren anwendbaren Rechtsvorschriften Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, und
- b) eine juristische Person, einschließlich Körperschaften, Gesellschaften, Vereinigungen oder jedes andere Gebilde, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei gegründet oder errichtet wurde und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt oder getätigt hat.

(2) bezeichnet der Begriff „Investition durch einen Investor einer Vertragspartei“ alle Vermögenswerte im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die im Besitz oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle eines Investors der anderen Vertragspartei stehen, und zwar insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Anteilsrechte, Aktien und Schuldverschreibungen eines Unternehmens sowie andere Arten von Beteiligungen an einem Unternehmen und daraus abgeleiteten Rechten;
- b) Ansprüche auf Geld und Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat und mit einer Investition in Zusammenhang steht;
- c) Urheberrechte, Handelsmarken, Erfinderpatepte oder sonstige geistige und gewerbliche Schutzrechte, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

- d) durch Gesetz oder Vertrag übertragene Rechte, einschließlich Bauverträge für schlüsselfertige Projekte, Konzessionen, Lizenzen, Ermächtigungen oder Genehmigungen, einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen;
- e) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie alle anderen damit verbundenen Eigentumsrechte wie Vermietungs- und Verpachtungsverhältnisse, Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte oder Nutzungsrechte.

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die eine Investition erbringt, und zwar insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen und andere Entgelte.

(4) bezeichnet „ohne Verzögerung“ den für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Entschädigungs- oder Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser Zeitraum beginnt für Entschädigungszahlungen mit dem Tag der Enteignung und für Transferzahlungen mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird. Er darf 60 Tage keinesfalls überschreiten.

(5) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in Hinblick auf jede Vertragspartei das Festland, die Binnengewässer und den Luftraum, über die die Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Zuständigkeit ausübt.

Artikel 2

Förderung und Zulassung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei und lässt diese zu.

(2) Jede Änderung der Art und Weise, in der Vermögenswerte investiert oder reinvestiert werden, beeinträchtigt nicht ihre Eigenschaft als Investition, vorausgesetzt, dass eine derartige Änderung in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, erfolgt.

Artikel 3

Behandlung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eine gerechte und billige Behandlung sowie vollen und dauerhaften Schutz und Sicherheit.

(2) Keine Vertragspartei beeinträchtigt durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, den Betrieb, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuss, die Veräußerung und die Liquidation einer Investition durch Investoren der anderen Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen hinsichtlich der Verwaltung, des Betriebs, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses, der Veräußerung und der Liquidation einer Investition, je nachdem, was für den Investor günstiger ist, eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(4) Keine Bestimmung dieses Abkommens ist dahin gehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichtet, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus:

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einem multilateralen Investitionsabkommen oder
- b) einem internationalen Abkommen, einer internationalen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen.

Artikel 4

Transparenz

(1) Jede Vertragspartei veröffentlicht ihre Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren sowie internationale Abkommen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen können, unverzüglich und macht diese in anderer Form öffentlich zugänglich.

(2) Jede Vertragspartei beantwortet unverzüglich spezielle Fragen und stellt der anderen Vertragspartei auf Verlangen Informationen über in Absatz 1 genannte Angelegenheiten zur Verfügung.

(3) Von keiner Vertragspartei darf verlangt werden, über bestimmte Investoren oder Investitionen Informationen, deren Bekanntgabe die Gesetzesvollstreckung behindern oder gegen die Gesetze und

Rechtsvorschriften zum Schutz der Vertraulichkeit verstoßen würde, zu beschaffen oder Zugang zu diesen zu gewähren.

Artikel 5

Enteignung und Entschädigung

(1) Eine Vertragspartei darf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt enteignen oder verstaatlichen oder sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung (im Folgenden „Enteignung“ genannt) ergreifen, ausgenommen:

- a) zu einem Zweck von öffentlichem Interesse,
- b) auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
- c) auf Grund eines rechtmässigen Verfahrens und
- d) in Verbindung mit einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3.

(2) Die Entschädigung

- a) hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition unmittelbar vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen. Der gerechte Marktwert beinhaltet keine Wertveränderungen auf Grund der Tatsache, dass die Enteignung früher öffentlich bekannt wurde.
- b) ist in ein von den betroffenen Anspruchswerbern bezeichnetes Land frei transferierbar und wird in der Währung, in der die Investition getätigt wurde oder in jeder frei konvertierbaren Währung, der die Anspruchswerber zustimmen, geleistet.
- c) wird ohne Verzögerung geleistet. Kommt es zu einer Verzögerung, erfolgt die Entschädigungszahlung zu einem Betrag, der den Investor in eine nicht weniger günstige Lage versetzt als die Lage, in der er sich befunden hätte, wäre die Entschädigungszahlung unmittelbar am Tag der Enteignung erfolgt. Um dieses Ziel zu erreichen, beinhaltet die Entschädigungszahlung Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz, der in jedem Fall nicht unter dem gültigen LIBOR-Satz oder einem gleichen Wert liegen darf.

(3) Der Investor, dessen Investition enteignet wurde, hat gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die die Enteignung vornimmt, das Recht, den Fall und die Bewertung der Investition in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels durch ein richterliches oder anderes zuständiges Organ dieser Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen.

Artikel 6

Entschädigung für Verluste

(1) Ein Investor einer Vertragspartei, der im Zusammenhang mit seiner Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund eines Krieges oder anderen bewaffneten Konfliktes, eines Notstands, eines Aufstands, eines Aufruhrs, ziviler Unruhen oder eines sonstigen ähnlichen Ereignisses oder höherer Gewalt im Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei einen Verlust erleidet, erfährt hinsichtlich Rückerstattung, Entschädigung, Schadenersatz oder anderer Regelung durch die letztgenannte Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, die sie ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche für den Investor die günstigere ist.

(2) Ein Investor einer Vertragspartei, der bei einem in Absatz 1 genannten Ereignis einen Verlust erleidet durch:

- a) Beschlagnahme seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei oder
- b) Zerstörung seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, die unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erhält auf jeden Fall von Seiten der letztgenannten Vertragspartei eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in beiden Fällen unverzüglich, angemessen und effektiv sein muss. Sich daraus ergebende Zahlungen sollten frei transferierbar sein.

Artikel 7

Transfers

(1) Jede Vertragspartei garantiert, dass sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition eines Investors der anderen Vertragspartei ohne Verzögerung in ihr und aus ihrem Hoheitsgebiet frei transferiert werden können. Diese Transfers umfassen insbesondere:

- a) das Anfangskapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Investition;
- b) Erträge;
- c) Zahlungen auf Grund von Verträgen einschließlich Darlehensverträgen;
- d) Erlöse aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation einer Investition;
- e) Entschädigungszahlungen gemäß Artikel 5 und 6;
- f) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung;
- g) Einkünfte und andere Bezüge von Beschäftigten aus dem Ausland, die in Zusammenhang mit einer Investition eingestellt werden.

(2) Jede Vertragspartei garantiert weiters, dass ein derartiger Transfer in einer frei konvertierbaren Währung zu dem am Tag des Transfers im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von dem aus der Transfer getätigt wird, am Markt geltenden Wechselkurs erfolgen kann.

(3) In Ermangelung eines Devisenmarktes ist der anzuwendende Kurs jener des letzten Wechselkurses für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte, falls anwendbar.

(4) Unbeschadet Absatz 1 bis 3 kann eine Vertragspartei einen Transfer durch die billige, nicht diskriminierende und in gutem Glauben erfolgte Anwendung von Maßnahmen in Hinblick auf den Schutz der Rechte von Gläubigern, in Hinblick auf oder zur Gewährleistung der Einhaltung der Gesetze und Rechtsbestimmungen über die Ausgabe von und den Handel mit Wertpapieren, Futures und Derivaten, Transferberichten und -protokollen oder in Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten und Anordnungen oder Entscheidungen in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verhindern, vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen und ihre Anwendung nicht dazu dienen, Zusagen oder Verpflichtungen der Vertragspartei gemäß diesem Abkommen zu umgehen.

Artikel 8

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Einrichtung auf Grund einer Garantie oder eines Versicherungsvertrages im Bezug auf eine Investition durch einen Investor im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zahlung, so anerkennt die letztgenannte Vertragspartei unbeschadet der Rechte des Investors gemäß Kapitel Zwei Teil Eins die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors auf die erstgenannte Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Einrichtung sowie das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Einrichtung, alle diese Rechte und Ansprüche auf Grund des Eintrittsrechts im gleichen Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

Artikel 9

Andere Verpflichtungen

Jede Vertragspartei hält jede Verpflichtung, die sie hinsichtlich spezieller Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eingegangen ist, ein.

Artikel 10

Nichtgewährung von Vorteilen

Eine Vertragspartei kann einem Investor der anderen Vertragspartei und dessen Investitionen die Vorteile aus diesem Abkommen verwehren, wenn Investoren einer Partei, die nicht Vertragspartei ist, ein Eigentumsrecht oder eine Kontrolle über den erstgenannten Investor ausüben und dieser Investor im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften er gegründet wurde oder organisiert ist, keine entscheidende Geschäftstätigkeit ausübt.

KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei

Artikel 11

Geltungsbereich

Dieser Teil gilt für Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung aus diesem Abkommen seitens des Erstgenannten, wodurch für den Investor oder seine Investition Verlust oder Schaden entsteht.

Artikel 12

Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, Fristen

(1) Derartige Streitigkeiten werden, soweit wie möglich, innerhalb von drei Monaten durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt. Werden sie nicht auf diese Weise beigelegt, kann sie der Investor wahlweise zur Entscheidung unterbreiten:

- a) den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsgerichten der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei oder
- b) gemäß einem anwendbaren, vorher vereinbarten Streitbeilegungsverfahren oder
- c) in Übereinstimmung mit diesem Artikel:
 - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), welches auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten („ICSID-Konvention“) geschaffen wurde, wenn sowohl die Vertragspartei des Investors als auch die Vertragspartei, die Streitpartei ist, Mitglieder der ICSID-Konvention sind, oder
 - ii) dem Zentrum gemäß den Regeln der Zusatzfazilität für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums, wenn die Vertragspartei des Investors oder die Vertragspartei, die Streitpartei ist, aber nicht beide, Mitglied der ICSID-Konvention ist, oder
 - iii) einem Einzelschiedsrichter oder einem Ad-hoc-Schiedsgericht, das auf Grund der Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht („UNCITRAL“) eingerichtet wird, oder
 - iv) der Internationalen Handelskammer durch einen Einzelschiedsrichter oder ein Ad-hoc-Schiedsgericht gemäß ihren Schiedsregeln.

(2) Eine Streitigkeit kann gemäß Absatz 1 lit. c nach drei Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Vertragspartei, die Streitpartei ist, von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt wurde, zur Entscheidung unterbreitet werden, jedoch nicht später als fünf Jahre ab dem Zeitpunkt, zu dem der Investor erstmals von den die Streitigkeit auslösenden Ereignissen Kenntnis erlangte oder erlangen hätte sollen.

Artikel 13

Zustimmung der Vertragsparteien

(1) Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihre uneingeschränkte Zustimmung, eine Streitigkeit gemäß diesem Teil einem internationalen Schiedsverfahren zu unterwerfen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, dass die Rechtsmittel im innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft sind.

(3) Der Investor hat nur solange die Wahl, die Streitigkeit gemäß Artikel 12 Absatz 1 lit. c zur Entscheidung zu unterbreiten, solange in dem Verfahren nach Artikel 12 Absatz 1 lit. a in erster Instanz keine Entscheidung ergangen ist.

Artikel 14

Schiedsort

Jedes Schiedsverfahren gemäß diesem Teil wird auf Verlangen einer Streitpartei in einem Staat, der Mitglied der New Yorker Konvention ist, abgehalten. Die gemäß diesem Teil dem Schiedsverfahren unterworfenen Ansprüche werden als aus Handelsbeziehungen oder Transaktionen im Sinne von Artikel 1 der New Yorker Konvention entstanden erachtet.

Artikel 15

Schadenersatz

Eine Vertragspartei macht nicht als Einwand, Gegenforderung, Aufrechnung oder aus einem anderen Grund geltend, dass eine Entschädigung oder andere Form von Schadenersatz bezüglich des gesamten behaupteten Schadens oder einen Teiles davon auf Grund einer Garantie oder eines Versicherungsvertrages geleistet wurde oder geleistet wird.

Artikel 16

Anwendbares Recht

(1) Ein gemäß diesem Teil eingerichtetes Gericht entscheidet über die Streitigkeit in Übereinstimmung mit diesem Abkommen sowie den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Strittige Angelegenheiten gemäß Artikel 9 werden in Ermangelung einer anderen Vereinbarung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die Streitpartei ist, den Rechtsvorschriften über die Genehmigung oder Vereinbarung und den anwendbaren Regeln des Völkerrechts geregelt.

Artikel 17

Schiedsurteile und Vollstreckung

(1) Schiedsurteile sind für die Streitparteien endgültig und bindend.

(2) Jede Vertragspartei sorgt für die wirksame Vollstreckung von Schiedsurteilen gemäß diesem Artikel und setzt jedes in einem Verfahren, in dem sie Partei ist, ergangene derartige Schiedsurteil unverzüglich durch.

TEIL ZWEI: Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

Artikel 18

Geltungsbereich, Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit wie möglich, auf freundschaftlichem Weg oder durch Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren beigelegt.

Artikel 19

Einleitung von Verfahren

(1) Auf Antrag einer Vertragspartei kann eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht früher als drei Monate nachdem die andere Vertragspartei von diesem Antrag in Kenntnis gesetzt wurde, einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterworfen werden.

(2) Eine Vertragspartei kann in Bezug auf eine Streitigkeit hinsichtlich der Verletzung von Rechten eines Investors, die dieser Investor einem Schiedsverfahren gemäß Kapitel Zwei Teil Eins dieses Abkommens unterworfen hat, kein Verfahren gemäß diesem Teil anstrengen, es sei denn, dass die andere Vertragspartei es verabsäumt hat, das in dieser Streitigkeit ergangene Schiedsurteil zu befolgen und einzuhalten oder dass dieses Verfahren ohne die Entscheidung eines Schiedsgerichts über die Ansprüche des Investors eingestellt wurde.

Artikel 20

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Das Schiedsgericht konstituiert sich ad hoc auf folgende Weise:

Innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt eines Antrags auf ein Schiedsverfahren bestellen die Streitparteien einvernehmlich drei Mitglieder des Schiedsgerichts und ernennen eines von ihnen zum Vorsitzenden, der Staatsangehöriger eines Drittlandes ist, das mit beiden Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhält. Sofern nicht zwingende Gründe vorliegen, sind die Mitglieder Personen, die vom Generalsekretär des ICSID vorgeschlagen werden.

(2) Wird die in Absatz 1 festgelegte Frist nicht eingehalten, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Generalsekretär des ICSID ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Die Mitglieder eines Schiedsgerichts sind unabhängig und unparteiisch.

Artikel 21

Anwendbares Recht

Das Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

Artikel 22

Schiedsurteile

Das Schiedsurteil ist für die Streitparteien endgültig und bindend.

552 der Beilagen

7

Artikel 23**Kosten**

Jede Partei trägt die Kosten ihrer Vertretung im Verfahren. Die Kosten des Schiedsgerichts tragen die Parteien zu gleichen Teilen, sofern das Schiedsgericht nicht eine andere Aufteilung der Kosten festlegt.

Artikel 24**Verfahrensvorschriften**

In jeder anderen Hinsicht beschließt das Gericht, sofern die Vertragsparteien nicht etwas anderes bestimmen, seine Verfahrensordnung selbst.

Artikel 25**Vollstreckung**

Schiedssprüche, durch die Geldmittel zuerkannt werden und die nicht innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Schiedsspruches eingehalten wurden, können in den Gerichten einer der beiden Vertragsparteien, die die Zuständigkeit besitzen, über Vermögenswerte der säumigen Partei zu entscheiden, vollstreckt werden.

KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Artikel 26****Anwendung des Abkommens**

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gemäß ihren Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen wurden, aber nicht für Investitionen die einem Streitbelegungsverfahren gemäß dem am 25. Oktober 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen unterliegen, das auf sie bis zur Streitbeilegung weiterhin Anwendung findet.

Artikel 27**Konsultationen**

Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über jede mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehende Frage vorschlagen. Diese Konsultationen werden an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, der auf diplomatischem Wege vereinbart wurde, abgehalten.

Artikel 28**Inkrafttreten und Dauer**

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander, sobald die nach den nationalen Rechtsvorschriften für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Bedingungen erfüllt sind. Das Abkommen tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt der späteren Notifikation in Kraft.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft. Danach wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens getätigt worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 27 dieses Abkommens noch für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(4) Am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens tritt das am 25. Oktober 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen außer Kraft, dies gilt nicht für Investitionen, die einem Streitbelegungsverfahren gemäß Artikel 26 dieses Abkommens unterliegen.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. März 2001, in zwei Urschriften, in deutscher, mazedonischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

8

552 der Beilagen

Für die Republik Österreich:

Benita Ferrero-Waldner

Für die Republik Mazedonien:

Srgjan Kerim**ДОГОВОР****меѓу Република Австрија****и****Република Македонија****за****поттикнување и заштита на инвестиции**

РЕПУБЛИКА АВСТРИЈА И РЕПУБЛИКА МАКЕДОНИЈА во натамошниот текст наведени како "договорни страни";

СО ЖЕЛБА да создадат поволни услови за поголема економска соработка меѓу договорните страни;

ПРИЗНАВАЈЌИ дека поттикнувањето и заштитата на инвестициите може да ја зајакне подготвеноста за такви инвестиции и со тоа да даде важен придонес кон развојот на економските односи;

ПОТВРДУВАЈЌИ ја својата определба за почитување на меѓународно признаените стандарди на трудот;

СЕ ДОГОВОРИЈА ЗА СЛЕДНОТО:

ГЛАВА ЕДЕН: ОПШТИ ОДРЕДБИ

ЧЛЕН 1 ДЕФИНИЦИИ

За целите на овој договор

(1) "инвеститор на договорна страна" значи:

- а) физичко лице кое е државјанин на договорна страна согласно со нејзините важечки закони, и
- б) правно лице, вклучувајќи корпорации, компании, здруженија или кој да било друг ентитет што е инкорпориран или формиран согласно законот на таа договорна страна,

кое инвестира или инвестирало на територијата на другата договорна страна.

(2) "инвестиции на инвеститор на договорна страна" значи секој вид средства вложени на територијата на едната договорна страна, во сопственост или директно или индиректно контролирани од инвеститор од другата договорна страна, а особено, иако не исклучително, вклучува:

- а) удели, акции и обврзници на компании и која било друга форма на учество во компании или права што произлегуваат од тоа;
- б) побарувања во пари и побарувања за извршување определени активности што имаат економска вредност и се поврзани со инвестиција;
- в) авторски права, трговски знаци, патенти или други интелектуални или индустриски права на сопственост, технички процеси, know-how и goodwill;

- г) секое право што произлегува од закон или договор, вклучувајќи договори "клуч на рака", концесии, лиценци, овластувања или дозволи за вршење економска активност;
- д) секој движен и недвижен имот или кои било други сродни права на сопственост, како што се закупи, хипотеки, права на задршка, рачни залози или службености.
- (3) "приноси" значи износи добиени од инвестиции, а особено, профит, камати, капитални добивки, дивиденди, приходи од интелектуални права и други надоместоци.
- (4) "без одложување" значи период што е нормално потребен за завршување на неопходните формалности за плаќања надоместок или трансфер на плаќања. Овој период за плаќања надоместок ќе започне на денот на експропријацијата, а за трансфери на плаќања ќе започне на денот на кој барањето за трансфери било поднесено. Овој период во никој случај не треба да биде повеќе од 60 дена.
- (5) "територија" значи, во однос на секоја договорна страна, копнената територија, внатрешните води и воздушен простор, над кои договорната страна ги остварува, во согласност со меѓународното право, суверените права и јурисдикција.

ЧЛЕН 2

Поттикнување и дозволување на инвестициите

- (1) Секоја договорна страна согласно своите закони и прописи ќе ги промовира и дозволува инвестициите на инвеститорите на другата договорна страна.

- (2) Секое менување на формата во која средствата се инвестирани или реинвестирани нема да влијае на нивниот карактер како инвестиција, доколку таквото менување е согласно законите и прописите на договорната страна на чија територија е извршена инвестицијата.

ЧЛЕН 3

Третман и заштита на инвестициите

- (1) Секоја договорна страна ќе обезбеди за инвестициите на инвеститорите на другата договорна страна праведен и еднаков третман и целосна и постојана заштита и безбедност.
- (2) Договорната страна нема да го попречува со неразумни или дискриминаторски мерки раководењето, работата, одржувањето, употребата, уживањето, продажбата и ликвидацијата на инвестициите на инвеститорите од другата договорна страна.
- (3) Секоја договорна страна ќе им обезбеди на инвеститорите на другата договорна страна и на нивните инвестиции третман кој не е понеповолен од оној што таа го доделува на сопствените инвеститори или на нивните инвестиции или на инвеститори од која и да било трета земја и на нивните инвестиции, во однос на раководењето, работата, одржувањето, употребата, уживањето, продажбата и ликвидацијата на инвестицијата, во зависност од тоа кој третман е поповолен за инвеститорот.
- (4) Ниедна одредба од овој договор нема да биде толкувана така што ќе ја обврзе договорната страна да одобри на инвеститорите од другата договорна страна и на нивните инвестиции сегашна или идна бенефиција, од која и да било корист и третман, приоритет или привилегија што резултира од:

- а) какво и да било членство во слободни трговски зони, царински униии, заеднички пазари, економска заедница или мултилатерален договор за инвестиции, или
- б) кој и да било меѓународен договор, меѓународен аранжман или домашна регулатива во врска со оданочувањето.

ЧЛЕН 4

Транспарентност

- (1) Секоја договорна страна веднаш ќе ги објави или на друг начин ќе ги направи јавно достапни своите закони, прописи, процедури како и меѓународни договори, што можат да влијаат на примената на Договорот.
- (2) Секоја договорна страна веднаш ќе одговори на конкретните прашања и, на барање, ќе даде информации на другата договорна страна, за прашањата наведени во став (1).
- (3) Од ниедна од договорните страни нема да се бара да доставува или да дозволи пристап до информации врзани за конкретни инвеститори или инвестиции, чие што откривање ќе го попречи спроведувањето на законите или би било спротивно на нејзините закони и прописи за заштитата на доверливоста.

ЧЛЕН 5

Експропријација и надоместок

- (1) Договорната страна нема да врши, директно или индиректно, експропријација или национализација на инвестиција на инвеститор од

другата договорна страна или да презема мерки што имаат еднаков ефект (во натамошниот текст наведени како "експропријација"), освен:

- а) за цел што е од јавен интерес,
- б) на недискриминаторска основа,
- в) согласно законски предвидена процедура, и
- г) придружена со плаќањето промптен, адекватен и ефективен надоместок во согласност со подолу наведените ставови (2) и (3).

(2) Надоместокот ќе:

- а) биде еднаков на реалната пазарна вредност на експроприраната инвестиција непосредно пред да се изврши експропријацијата. Реалната пазарна вредност нема да одразува каква и да било промена во вредноста што се појавува поради тоа што експропријацијата порано ѝ станала позната на јавноста.
- б) биде слободно пренослив во земјата назначена од засегнатите побарувачи, во валута во која инвестицијата е извршена или во која и да било слободна конвертибилна валута прифатена од побарувачите.
- в) се изврши без одложување. Во случај на одложување, надоместокот ќе се плаќа во износ кој што го става инвеститорот во позиција не помалку поволна од позицијата во која тој би бил ако надоместокот е платен веднаш на датумот на експропријација. За да се постигне оваа цел, надоместокот ќе вклучува камата по важечката комерцијална стапка, меѓутоа во никој случај нема да биде помала од тековната ЛИБОР стапка или еквивалентот на неа, почнувајќи од датумот на експропријација до датумот на фактичкото плаќање.

(3) Инвеститорот, чии инвестиции биле експроприрани, ќе има право, според законот на договорната страна која ја врши експропријацијата, на промптен увид од судска или друга компетентна власт на договорната страна во неговиот случај и во вреднувањето на инвестицијата во согласност со принципите предвидени со овој член.

ЧЛЕН 6**Надоместок на загуби**

(1) Инвеститорот од едната договорна страна кој претрпел загуби врзани за инвестицијата на територијата на другата договорна страна поради војна или друг вооружен конфликт, вонредна состојба, револуција, востание, граѓански немири или друг сличен настан или виша сила на територијата на втората договорна страна, од последнава договорна страна ќе има обезбеден третман, во врска со повратокот, обесштетувањето, надоместокот или друго измирување, а кој не е понеповолен од оној што таа го одобрува на свои инвеститори или на инвеститори од трета земја, во зависност кој е поповолен за инвеститорот.

(2) На инвеститор од договорната страна, кој во кој и да било случај наведен во став (1) претрпел загуба, која резултира од:

- а) заплена на неговата инвестиција или нејзин дел од силите или властите на другата договорна страна, или
- б) уништување на неговата инвестиција или нејзин дел од силите или властите на другата договорна страна, кое не било неопходно во дадената ситуација,

втората договорна страна, во секој случај, ќе му обезбеди повраток или надоместок кој во секој случај ќе биде промиштен, адекватен и ефективен. Резултирачките плаќања треба да бидат слободно преносливи.

ЧЛЕН 7**Трансфери**

(1) Секоја договорна страна ќе гарантира дека сите плаќања врзани за инвестиција на инвеститор од другата договорна страна може слободно,

без одложување, да се пренесуваат во и вон нејзината територија.

Таквите трансфери ќе вклучуваат, особено:

- а) почетен капитал и дополнителни износи за одржување или зголемување на инвестицијата;
- б) приноси;
- в) плаќања извршени според договор, вклучувајќи и договор за заем;
- г) приходи од продажбата или ликвидацијата на сите или некој дел од инвестицијата;
- д) плаќања надоместок според членовите 5 и 6;
- ѓ) плаќања кои произлегуваат од разрешување на спор;
- е) заработувачка или друг надоместок на персоналот ангажиран од странство во врска со инвестиција.

(2) Натаму, секоја договорна страна ќе гарантира дека таквите трансфери можат да се вршат во слободно конвертибилна валута по пазарен курс кој преовладува на датата на трансферот на територијата на договорната страна од која се врши трансферот.

(3) Во отсуство на девизен пазар, курсот што ќе се користи ќе биде најновиот курс за конверзија на валутите во Специјални права на влечење, ако истиот може да се примени.

(4) По исклучок на ставовите од (1) до (3), договорна страна може да спречи трансфер преку примена на еднакви, недискриминирачки и со добра намера мерки за заштита на правата на кредиторите; мерки во врска со или кои обезбедуваат почитување на законите и прописите за издавање; тргување и работење со хартии од вредност; фјучерси и деривати; мерки во врска со изготвување извештаи или записи за трансфер или во врска со кривични прекршоци и наредби или пресуди во управна или судска постапка, доколку таквите мерки и нивната примена не се користат како средства за одбегнување на определбите и обврските на договорната страна според овој Договор.

ЧЛЕН 8

Суброгација

Ако некоја од договорните страни или нејзина овластена агенција изврши плаќање по основ на гаранција или договор за осигурување склучен во врска со инвестиција на инвеститор на територијата на другата договорна страна, другата договорна страна без предрасуди и без ограничување ќе ги признае правата на инвеститорот според Глава два, Дел I, како и доделувањето на секое право или побарување на таквиот инвеститор на претходната договорна страна или нејзината овластена агенција и правото на првата договорна страна или нејзината овластена агенција да го остварува, по пат на суброгација, секое такво право и побарување до исто ниво како и претходниот сопственик.

ЧЛЕН 9

Други обврски

Секоја договорна страна ќе ги исполнува сите обврски што ги презела во однос на конкретните инвестиции на инвеститори на другата договорна страна.

ЧЛЕН 10

Одбивање на бенефиции

Едната договорна страна може да одбие да ги додели бенефициите од овој договор на инвеститор од другата договорна страна и на неговите инвестиции, доколку инвеститори на недоговорна страна поседуваат или го контролираат првospомнатиот инвеститор и, ако тој инвеститор нема значајни деловни активности на територијата на договорната страна според чиј закон е тој основан или организиран.

ГЛАВА ДВА: РЕШАВАЊЕ СПОРОВИ

ПРВ ДЕЛ: Решавање спорови меѓу инвеститор и договорна страна

ЧЛЕН 11

Опфат

Овој дел се однесува на споровите меѓу едната договорна страна и инвеститорот од другата договорна страна, во однос на наводно неисполнување на обврската на договорната страна според овој договор, што причинува штета или загуба на инвеститорот или на неговата инвестиција.

ЧЛЕН 12

Начини за решавање, временски периоди

- (1) Таков спор, доколку е можно, би требало да се реши во рок од три месеци со преговори или консултации. Доколку не се реши на овој начин, инвеститорот може да одбере да го поднесе за решавање до:
- а) надлежните судови или административни трибунали на договорната страна, страна во спорот; или
 - б) во согласност со која и да било претходно договорена применлива процедура за решавање на спорови; или
 - в) во согласност со овој член до:
 - і) Меѓународниот центар за решавање инвестициони спорови ("Центарот"), основан во согласност со Конвенцијата за решавање инвестициони спорови меѓу држави и државјани од други држави ("Конвенција ICSID"), ако договорната страна на инвеститорот и договорната страна, страна во спорот, се членки на ICSID Конвенцијата; или

- ii) Центарот, според правилата Additional Facility кои се однесуваат на администрирањето на процедурите од страна на секретаријатот на Центарот, ако договорната страна на инвеститорот или договорната страна, страна во спорот, но не и двете, е членка на Конвенцијата ICSID; или
 - iii) Еден арбитер или "ad hoc" арбитражен трибунал основан според правилата за арбитража на Комисијата за меѓународно трговско право при Обединетите нации (UNCITRAL); или
 - iv) Меѓународната стопанска комора, од еден арбитер или од "ad hoc" трибунал според своите правила на арбитража.
- (2) Спорот може да се поднесе за решавање во согласност со став (1) в) од овој член после три месеци од датумот, откако известувањето за намерата било доставено до договорната страна, страната во спорот, но не подоцна од пет години од датумот кога инвеститорот првпат дознал или требал да дознае за настаните кои го покренале спорот.

ЧЛЕН 13

Согласност на договорната страна

- (1) Секоја договорна страна со ова дава безусловна согласност за поднесување на спорот до меѓународна арбитража во согласност со овој Дел.
- (2) Согласноста наведена во став (1) од овој член имплицира откажување од барањето да се исцрпат внатрешните административни или судски постапки.

- (3) Инвеститорот може да одбере да го поднесе спорот за решавање според член 12 став (1) в) сè додека нема одлука од прва инстанца во постапките според член 12, став (1) а).

ЧЛЕН 14

Место на одржување арбитража

Секоја арбитража од овој Дел, по барање на која и да било страна во спорот, ќе се одржи во држава која е членка на Њујоршката конвенција. Побарувањата поднесени на арбитража од овој Дел ќе се сметаат дека произлегуваат од комерцијални врски или трансакции во смисла на член 1 од Њујоршката конвенција.

ЧЛЕН 15

Надоместок

Договорната страна нема да наведе како одбрана, противбарање, право на пребивање или некоја друга причина, дека обесштетувањето или друг вид на надоместок за сите или за дел од наводните штети биле добиени или ќе бидат добиени во согласност со договорот за гаранција или осигурување.

ЧЛЕН 16

Право кое ќе се применува

- (1) Трибуналот основан според овој Дел ќе одлучи за спорот во согласност со овој договор и применетите правила и принципи на меѓународното право.

- (2) Прашањата во спорот според член 9 ќе треба да се решат, во отсуство на друг договор, во согласност со законот на договорната страна, страна во спорот, законот кој го опфаќа овластувањето или договорот и слични правила на меѓународното право онаму каде што можат да се применат.

ЧЛЕН 17

Одлуки и спроведување

- (1) Арбитражните одлуки ќе бидат конечни и обврзувачки за страните во спорот.
- (2) Секоја договорна страна ќе обезбеди ефикасно спроведување на одлуките во согласност со овој член и ќе ги спроведе без одложување таквите одлуки донесени во постапка во која таа е страна.

ВТОР ДЕЛ : Решавање на спорови меѓу договорните страни

ЧЛЕН 18

Опфат, консултации, посредништво и помирување

Споровите меѓу договорните страни што се однесуваат на толкувањето или примената на овој договор ќе се решаваат, колку што е можно, пријателски или преку консултации, посредништво или помирување.

ЧЛЕН 19**Започнување на постапката**

- (1) По барање на едната договорна страна, спорот кој се однесува на толкувањето или примената на овој Договор може да се поднесе до арбитражен трибунал за одлука, не порано од три месеци, откако таквото барање било доставено до другата договорна страна.
- (2) Договорна страна не може да иницира постапки според овој Дел за спор кој се однесува на повредување на правата на инвеститорот, кој спорот го поднел за решавање до арбитража според Глава II, Дел Втор на овој Договор, освен ако другата договорна страна не се придржувала и не се однесувала според пресудата донесена за тој спор или тие постапки завршиле без решение од страна на арбитражниот трибунал за барањето на инвеститорот.

ЧЛЕН 20**Основање на трибуналот**

- (1) Арбитражниот трибунал ќе се основа "ад хоц" на следниов начин:
Во рок од 30 дена по приемот на барање за арбитража, страните во спорот ќе назначат со договор тричлен трибунал и ќе назначат еден од членовите како претседавач кој ќе биде државјанин на трета држава која одржува дипломатски односи со двете договорни страни. Освен во принуден случај, членовите ќе бидат лица предложени од генералниот секретар на ICSID.
- (2) Ако не се запази периодот одреден во став (1) од овој член, која и да било од договорните страни може во отсуство на друг договор, да го покани Генералниот секретар на ICSID да ги изврши потребните назначувања.

(3) Членовите на арбитражниот трибунал ќе бидат самостојни и непристрасни.

ЧЛЕН 21

Право кое се применува

Арбитражниот трибунал ќе одлучува за споровите во согласност со овој договор и применливите правила и принципи на меѓународно право.

ЧЛЕН 22

Одлуки

Арбитражната одлука ќе биде конечна и обврзувачка за страните во спорот.

ЧЛЕН 23

Трошоци

Секоја страна ќе го плати трошокот за своето застапување во постапката. Трошокот на трибуналот ќе биде подеднакво платен од страните, освен ако трибуналот не наложи поинаку да се поделат трошоците.

ЧЛЕН 24

Правила за постапката

За сите други прашања, трибуналот ќе ги дефинира сопствените правила на процедура, освен ако договорните страни не одлучат поинаку.

ЧЛЕН 25**Спроведување**

Паричните одлуки кои не биле реализирани во рок од една година од датумот на одлуката можат да се спроведат во судовите на која и да било договорна страна која има јурисдикција над средствата на страната која не ги исполнила обврските.

ГЛАВА ТРИ: ЗАВРШНИ ОДРЕДБИ**ЧЛЕН 26****Примена на Договорот**

Овој договор ќе се применува на инвестициите извршени на територијата на едната договорна страна во согласност со нејзиното законодавство од страна на инвеститорите на другата договорна страна, како пред, така и по стапувањето на сила на овој договор, но нема да се применува на инвестициите кои подлежат на постапката за решавање спорови според Договорот меѓу Република Австрија и Социјалистичка Федеративна Република Југославија за поттикнување и заштита на инвестициите, потпишан на 25 октомври 1989 година, што ќе продолжи да се применува сè до решавањето на спорот.

ЧЛЕН 27**Консултации**

Секоја договорна страна може да ѝ предложи на другата договорна страна консултации за кое и да било прашање во врска со овој договор. Консултациите ќе се одржат во време и место договорени преку дипломатски канали.

ЧЛЕН 28**Стапување во сила и времетраење**

- (1) Договорните страни заемно ќе се известат кога ќе се исполнат условите кои согласно со националното законодавство се неопходни за стапување во сила на овој договор. Договорот ќе стапи во сила шеесет дена по датумот на последното известување.
- (2) Овој договор ќе важи десет години. Потоа ќе продолжи да важи за неопределен период и може да се откаже од која и да било од договорните страни дванаесет месеци по доставувањето на писменото известување преку дипломатски канали.
- (3) Во поглед на инвестициите извршени пред датумот на престанувањето на примената на овој договор, одредбите од членовите од 1 до 27 од овој договор ќе продолжат да важат за следниот период од десет години од датумот на прекилот на овој договор.
- (4) На датумот на станување во сила на овој договор, Договорот меѓу Република Австрија и Социјалистичка Федеративна Република Југославија за поттикнување и заштита на инвестициите, потпишан на 25 октомври 1989 година ќе престане да важи, освен за инвестициите во врска со кои се води постапка за решавање на спор согласно член 26 од овој договор.

ДОГОВОРЕНО во Виена, на 28 март 2001 година, во дупликат, на германски, на македонски и на англиски јазик, при што сите текстови се подеднакво автентични. Во случај на разлика во толкувањето, ќе се применува англискиот текст.

За Република Австрија

Benita Ferrero-Waldner

За Република Македонија

Srgjan Kerim

AGREEMENT**between the Republic of Austria and the Republic of Macedonia on the Promotion and Protection of Investments**

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF MACEDONIA hereinafter referred to as “Contracting Parties”;

DESIRING to create favourable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties;

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations;

REAFFIRMING their commitment to the observance of internationally recognized labour standards;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

CHAPTER ONE: GENERAL PROVISIONS**Article 1****Definitions**

For the purpose of this Agreement

(1) “investor of a Contracting Party” means:

- a) a natural person having the nationality of a Contracting Party in accordance with its applicable law; and
- b) a legal person, including corporations, companies, associations or any other entities which are incorporated or constituted in accordance with the law of that Contracting Party making or having made an investment in the other Contracting Party’s territory.

(2) “investment by an investor of a Contracting Party” means every kind of asset in the territory of one Contracting Party, owned or controlled, directly or indirectly, by an investor of the other Contracting Party, and in particular, though not exclusively, includes:

- a) shares in, stocks and debentures of a company and any other form of participation in a company and rights derived therefrom;
- b) claims to money and claims to performance having an economic value and connected with an investment;
- c) copyrights, trade marks, patents or other intellectual or industrial property rights, technical processes, know-how and goodwill;
- d) any right whether conferred by law or by contract, including turnkey contracts, concessions, licenses, authorisations or permits to undertake an economic activity;
- e) any movable or immovable property, or any related property rights, such as leases, mortgages, liens, pledges or servitudes.

(3) “returns” means the amounts yielded by an investment and, in particular, profits, interests, capital gains, dividends, royalties and any other fees.

(4) “without delay” means such period as is normally required for the completion of necessary formalities for the payments of compensation or for the transfer of payments. This period shall commence for payments of compensation on the day of expropriation and for transfers of payments on the day on which the request for transfer has been submitted. It shall in no case exceed 60 days.

(5) “territory” means with respect to each Contracting Party the land territory, internal waters and airspace over which the Contracting Party exercises, in conformity with international law, sovereign rights and jurisdiction.

Article 2**Promotion and Admission of Investments**

(1) Each Contracting Party shall, according to its laws and regulations, promote and admit investments by investors of the other Contracting Party.

(2) Any alteration of the form in which assets are invested or reinvested shall not affect their character as an investment provided that such alteration is in accordance with the laws and regulations of the Contracting Party in whose territory the investment has been made.

Article 3

Treatment and Protection of Investments

(1) Each Contracting Party shall accord to investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment and full and constant protection and security.

(2) A Contracting Party shall not impair by unreasonable or discriminatory measures the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment by investors of the other Contracting Party.

(3) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that it accords to its own investors and their investments or to investors of any third country and their investments with respect to the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment, whichever is more favourable to the investor.

(4) No provision of this Agreement shall be construed as to oblige a Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and to their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from:

- a) any membership in a free trade area, customs union, common market, economic community or any multilateral agreement on investment, or
- b) any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation.

Article 4

Transparency

(1) Each Contracting Party shall promptly publish, or otherwise make publicly available, its laws, regulations, procedures as well as international agreements which may affect the operation of the Agreement.

(2) Each Contracting Party shall promptly respond to specific questions and provide, upon request, information to the other Contracting Party on matters referred to in paragraph (1).

(3) No Contracting Party shall be required to furnish or allow access to information concerning particular investors or investments the disclosure of which would impede law enforcement or would be contrary to its laws and regulations protecting confidentiality.

Article 5

Expropriation and Compensation

(1) A Contracting Party shall not expropriate or nationalise directly or indirectly an investment of an investor of the other Contracting Party or take any measures having equivalent effect (hereinafter referred to as "expropriation") except:

- a) for a purpose which is in the public interest,
- b) on a non-discriminatory basis,
- c) in accordance with due process of law, and
- d) accompanied by payment of prompt, adequate and effective compensation in accordance with paragraphs (2) and (3) below.

(2) Compensation shall:

- a) be equivalent to the fair market value of the expropriated investment immediately before the expropriation occurred. The fair market value shall not reflect any change in value occurring because the expropriation had become publicly known earlier.
- b) be made freely transferable to the country designated by the claimants concerned and in the currency in which the investment was made or in any freely convertible currency accepted by the claimants.
- c) be made without delay. In case of delay, the compensation shall be paid in an amount that puts the investor in a position no less favourable than the position in which he would have been had the compensation been paid immediately on the date of expropriation. In order to achieve this goal the compensation shall include interest at the prevailing commercial rate, however in no case less than the current LIBOR rate or equivalent from the date of expropriation until the date of actual payment.

(3) The investor whose investment was expropriated shall have the right under the law of the expropriating Contracting Party to prompt review by a judicial or other competent authority of that Contracting Party of its case and of the valuation of the investment in accordance with the principles set out in this Article.

Article 6

Compensation for Losses

(1) An investor of a Contracting Party which has suffered a loss relating to its investment in the territory of the other Contracting Party due to war or to other armed conflict, state of emergency, revolution, insurrection, civil disturbance, or any other similar event, or acts of God or force majeure, in the territory of the latter Contracting Party, shall be accorded by the latter Contracting Party, as regards restitution, indemnification, compensation or any other settlement, treatment no less favourable than that which it accords to its own investors or to investors of any third state, whichever is more favourable to the investor.

(2) An investor of a Contracting Party who in any of the events referred to in paragraph (1) suffers loss resulting from:

- a) requisitioning of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, or
- b) destruction of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, which was not required by the necessity of the situation,

shall in any case be accorded by the latter Contracting Party restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective. Resulting payments should be freely transferable.

Article 7

Transfers

(1) Each Contracting Party shall guarantee that all payments relating to an investment by an investor of the other Contracting Party may be freely transferred into and out of its territory without delay. Such transfers shall include, in particular:

- a) the initial capital and additional amounts to maintain or increase an investment;
- b) returns;
- c) payments made under a contract including a loan agreement;
- d) proceeds from the sale or liquidation of all or any part of an investment;
- e) payments of compensation under Articles 5 and 6;
- f) payments arising out of the settlement of a dispute;
- g) earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with an investment.

(2) Each Contracting Party shall further guarantee that such transfers may be made in a freely convertible currency at the market rate of exchange prevailing on the date of transfer in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made.

(3) In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used shall be the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights, if applicable.

(4) Notwithstanding paragraphs (1) to (3), a Contracting Party may prevent a transfer through the equitable, non-discriminatory and good faith application of measures to protect the rights of creditors, relating to or ensuring compliance with laws and regulations on the issuing, trading and dealing in securities, futures and derivatives, reports or records of transfer, or in connection with criminal offences and orders or judgements in administrative and adjudicatory proceedings, provided that measures and their application shall not be used as a means of avoiding the Contracting Party's commitments or obligations under this Agreement.

Article 8

Subrogation

If a Contracting Party or its designated agency makes a payment under a guarantee or contract of insurance given in respect of an investment by an investor in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize without prejudice to the rights of the investor under Chapter Two Part One the assignment of any right or claim of such an investor to the former Contracting Party or its designated agency and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its predecessor in title.

Article 9**Other Obligations**

Each Contracting Party shall observe any obligation it may have entered into with regard to specific investments by investors of the other Contracting Party.

Article 10**Denial of Benefits**

A Contracting Party may deny the benefits of this Agreement to an investor of the other Contracting Party and to its investments, if investors of a Non-Contracting Party own or control the first mentioned investor and that investor has no substantial business activity in the territory of the Contracting Party under whose law it is constituted or organized.

CHAPTER TWO: DISPUTE SETTLEMENT**PART ONE: Settlement of Disputes between an Investor and a Contracting Party****Article 11****Scope**

This Part applies to disputes between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation of the former under this Agreement which causes loss or damage to the investor or its investment.

Article 12**Means of Settlement, Time Periods**

(1) Such a dispute should, if possible, be settled within three months by negotiation or consultation. If it is not so settled, the investor may choose to submit it for resolution:

- a) to the competent courts or administrative tribunals of the Contracting Party, party to the dispute; or
- b) in accordance with any applicable previously agreed dispute settlement procedure; or
- c) in accordance with this Article to:
 - i) the International Centre for Settlement of Investment Disputes (“the Centre”), established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States (“the ICSID Convention”), if the Contracting Party of the investor and the Contracting Party, party to the dispute, are both parties to the ICSID Convention; or
 - ii) the Centre under the rules governing the Additional Facility for the Administration of Proceedings by the Secretariat of the Centre, if the Contracting Party of the investor or the Contracting Party, party to the dispute, but not both, is a party to the ICSID Convention; or
 - iii) a sole arbitrator or an ad hoc arbitration tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (“UNCITRAL”); or
 - iv) the International Chamber of Commerce, by a sole arbitrator or an ad hoc tribunal under its rules of arbitration.

(2) A dispute may be submitted for resolution pursuant to paragraph (1) c) of this Article after three months from the date of notice of intent to do so was provided to the Contracting Party, party to the dispute, but not later than five years from the date the investor first acquired or should have acquired knowledge of the events which gave rise to the dispute.

Article 13**Contracting Party Consent**

(1) Each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration in accordance with this Part.

(2) The consent referred to in paragraph (1) of this Article implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical remedies should be exhausted.

(3) The investor may choose to submit the dispute for resolution according to Article 12 paragraph (1) c) only as long as there is no decision in the first instance in the proceedings according to Article 12 paragraph (1) a).

Article 14**Place of Arbitration**

Any arbitration under this Part shall, at the request of any party to the dispute, be held in a State that is party of the New York Convention. Claims submitted to arbitration under this Part shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction for purposes of Article 1 of the New York Convention.

Article 15**Indemnification**

A Contracting Party shall not assert as a defence, counter-claim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to a guarantee or insurance contract.

Article 16**Applicable Law**

(1) A tribunal established under this Part shall decide the dispute in accordance with this Agreement and applicable rules and principles of international law.

(2) Issues in dispute under Article 9 shall be decided, absent other Agreement, in accordance with the law of the Contracting Party, party to the dispute, the law governing the authorisation or agreement and such rules of international law as may be applicable.

Article 17**Awards and Enforcement**

(1) Arbitration awards shall be final and binding upon the parties to the dispute.

(2) Each Contracting Party shall make provision for the effective enforcement of awards made pursuant to this Article and shall carry out without delay any such award issued in a proceeding to which it is party.

PART TWO: Settlement of Disputes between the Contracting Parties**Article 18****Scope, Consultations, Mediation and Conciliation**

Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled amicably or through consultations, mediation or conciliation.

Article 19**Initiation of Proceedings**

(1) At the request of either Contracting Party a dispute concerning the interpretation or application of this Agreement may be submitted to an arbitral tribunal for decision not earlier than three months after such request has been notified to the other Contracting Party.

(2) A Contracting Party may not initiate proceedings under this Part for a dispute regarding the infringement of rights of an investor which that investor has submitted to arbitration under Chapter Two Part One of this Agreement, unless the other Contracting Party has failed to abide by and comply with the award rendered in that dispute or those proceedings have terminated without resolution by an arbitral tribunal of the investor's claim.

Article 20**Formation of the Tribunal**

(1) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows:

Within 30 days after receipt of a request for arbitration, the parties to the dispute shall appoint by agreement three members of the tribunal and designate one of them as chairman who shall be a national of a third State which maintains diplomatic relations with both Contracting Parties. Except for compelling reasons, the members shall be persons proposed by the Secretary General of ICSID.

30

552 der Beilagen

(2) If the period specified in paragraph (1) of this Article is not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, invite the Secretary General of ICSID to make the necessary appointments.

(3) Members of an arbitral tribunal shall be independent and impartial.

Article 21

Applicable Law

The arbitral tribunal will decide disputes in accordance with this Agreement and the applicable rules and principles of international law.

Article 22

Awards

The arbitration award shall be final and binding upon the parties to the dispute.

Article 23

Costs

Each Party shall pay the cost of its representation in the proceedings. The cost of the tribunal shall be paid for equally by the parties unless the tribunal directs that they be shared differently.

Article 24

Rules of Procedure

In all other respects, the tribunal shall define its own rules of procedure, unless the Contracting Parties decide otherwise.

Article 25

Enforcement

Pecuniary awards which have not been complied with within one year from the date of the award may be enforced in the courts of either Contracting Party with jurisdiction over assets of the defaulting Party.

CHAPTER THREE: FINAL PROVISIONS

Article 26

Application of the Agreement

The present Agreement shall apply to investments made in the territory of one Contracting Party in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party prior to as well as after the entry into force of the present Agreement, but shall not apply to investments which are subject of a dispute settlement procedure under the Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the Promotion and Protection of Investments signed on 25 October 1989 which shall continue to apply to them until the settlement of dispute is reached.

Article 27

Consultations

Each Contracting Party may propose to the other Contracting Party consultations on any matter relating to this Agreement. These consultations shall be held at a place and at a time agreed upon through diplomatic channels.

Article 28

Entry into Force and Duration

(1) The Contracting Parties shall notify each other when the conditions required by the national legislation for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. The Agreement shall enter into force sixty days after the date of the latter notification.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years. It shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Articles 1 to 27 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

(4) On the date of entry into force of the present Agreement, the Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the Promotion and Protection of Investments signed on 25 October 1989 shall be terminated, except for investments which are subject of a dispute settlement procedure as stipulated in Article 26 of the present Agreement.

DONE at Vienna, on the 28th of March, 2001, in duplicate, in the German, Macedonian and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Benita Ferrero-Waldner

For the Republic of Macedonia:

Srgjan Kerim

Vorblatt

Problem:

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne dass der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

Problemlösung:

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen uä. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten:

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Die Möglichkeit, von Österreich aus unter vertraglich abgesicherten Bedingungen Investitionen in der Republik Mazedonien vornehmen zu können, kann die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erhöhen. Auch kann erwartet werden, dass Investoren aus der Republik Mazedonien verstärkt in Österreich investieren werden und auch so neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Konformität mit EU-Recht:

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, dass Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass der Investitionsfluss auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muss daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander in hohem Maße ähnlich bis identisch. Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung zu, wobei davon auszugehen ist, dass in diesem wie in früheren analogen Abkommen auf Grund des OECD-Basisentwurfes fremdenrechtliche Bestimmungen unberührt bleiben, sofern darüber im jeweiligen Abkommen nicht explizit abgesprochen wird.

Es kann erwartet werden, dass die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in der Republik Mazedonien in erhöhtem Maße Gebrauch macht. Auch auf mazedonischer Seite besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Republik Mazedonien zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus der Liquidation oder Veräußerung von Investitionen und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren vor. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden können, können vom Investor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

Besonderer Teil

Präambel:

Diese enthält im Wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Zu Art. 1:

Dieser Art. dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investor“ wird in Bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen usw. durch eine Berücksichtigung der Sitz- und Kontrolltheorie.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Die Definition der „Erträge“ entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Die Definition des „Hoheitsgebietes“ entspricht derjenigen des Völkerrechtes.

Zu Art. 2:

Dieser Art. behandelt unter einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt, die Förderung und Zulassung von Investitionen. Weiters wird festgelegt, dass auch Reinvestitionen als Investitionen gelten, sofern sie in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Aufnahmestaates erfolgen.

Zu Art. 3:

In Abs. 1 wird der volle und dauerhafte Schutz und die Sicherheit von Investitionen im Gebiet des Aufnahmestaates und in Abs. 3 hinsichtlich der getätigten Investitionen und der Investoren das Prinzip der Meistbegünstigung und der Inländergleichbehandlung festgelegt.

Abs. 4 fixiert die Ausnahmen von diesen Prinzipien (Freihandelszone, Zollunion, gemeinsamer Markt, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einem multilateralen Investitionsschutzabkommen, Nichtanwendung auf Steuerfragen).

Zu Art. 4:

Durch die Verpflichtung der Vertragsparteien, Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren und internationale Abkommen, die die Wirksamkeit des Abkommens beeinflussen könnten, zu veröffentlichen, soll für Investoren grösstmögliche Transparenz geschaffen werden.

Zu Art. 5:

Dieser Artikel befasst sich mit der Frage der Entschädigung im Falle einer Enteignung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

In Abs. 1 wird die Enteignung durch Bindung an vier Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
2. auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
3. unter Einhaltung eines ordentlichen Verfahrens und
4. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

In Abs. 2 ist die Entschädigungspflicht so formuliert, dass sie eine weitestgehende Wertsicherung und Verwertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert, dh. dass die Entschädigung dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muss, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde, je nachdem welcher Zeitpunkt früher liegt.

Abs. 3 räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, überprüfen zu lassen.

Zu Art. 6:

Dieser Artikel behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen oder ähnlichen Ereignissen auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und sieht auch für solche Fälle die Inländergleichbehandlung bzw. Meistbegünstigung vor.

Zu Art. 7:

In Abs. 1 wird für die in Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen der freie Transfer garantiert. Die Buchstaben a bis g spezifizieren die Art der Zahlungen, wobei der Enumeration nicht ausschließender Charakter zukommt. Die Abs. 2 und 3 berühren die Frage der Wechselkurse, der Abs. 4 möglichst eng beschriebene und taxativ aufgezählte Ausnahmen von der Transferverpflichtung.

Zu Art. 8:

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, dass im Falle des Eintrittes des Garantiegebers in die Rechte des Garantienhmers dieser Eintritt von der anderen Vertragspartei anerkannt wird.

Zu Art. 9:

Den Vertragsparteien wird die Beachtung der von ihnen übernommenen besonderen Verpflichtungen in Bezug auf genehmigte Investitionen auferlegt.

Zu Art. 10:

Investoren aus Drittstaaten, die zwar im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien Unternehmen besitzen oder kontrollieren, dort jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfalten, werden von den Begünstigungen dieses Abkommens ausgeschlossen.

KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN:**TEIL 1: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei****Zu Art. 11:**

In diesem Artikel wird festgelegt, dass Teil 1 von Kapitel 2 Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei betrifft.

Zu Art. 12:

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat soll im Sinne des Abkommens zunächst eine Beilegung durch Verhandlungen oder Konsultationen versucht werden. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden können, können vom Investor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder einem schiedsgerichtlichen Verfahren bei der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

Zu Art. 13:

Die Vertragsparteien übernehmen die uneingeschränkte Verpflichtung, sich einem der internationalen Schiedsverfahren gemäß diesem Abkommen zu unterwerfen.

Zu Art. 14:

In diesem Artikel wird der Schiedsort geregelt.

Zu Art. 15:

In diesem Artikel wird festgelegt, dass eine Vertragspartei einem Investor eine allfällige Deckung des diesem entstandenen Schadens durch eine Schadensversicherung oder Ähnliches nicht entgegenhalten kann.

Zu Art. 16:

Für Streitigkeiten aus Art. 9 wird die Anwendbarkeit der geltenden Regeln und Grundsätze des Völkerrechts sowie des anwendbaren nationalen oder internationalen Rechtes festgelegt.

Zu Art. 17:

In diesem Artikel wird die endgültige Bindungswirkung der nach diesem Teil ergangenen Schiedsurteile und Modalitäten ihrer Vollstreckung festgelegt.

TEIL 2: Streitbeilegung zwischen den Vertragsparteien**Zu Art. 18 bis 25:**

In diesem Kapitel werden Fragen betreffend den Geltungsbereich, das nichtstreitige Verfahren, die Bildung des Schiedsgerichts, anwendbares Recht, Rechtswirkungen der nach diesem Teil ergangenen Schiedsurteile, Kosten, prozedurale Fragen und Vollstreckung in analoger Weise zu Teil 1 geregelt.

KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Zu Art. 26:**

Dieser Artikel schließt die Anwendbarkeit des Abkommens auf Investitionen, die einem Streitbeilegungsverfahren gemäß dem am 25. Oktober 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen unterliegen, aus.

36

552 der Beilagen

Zu Art. 27 und 28:

In diesen Artikeln werden die Fragen betreffend Konsultationen, Inkrafttreten, Vertragsdauer und Kündigung geregelt.